

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

30.10.1869 (No. 255)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 30. Oktober.

N. 255.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Alle Postexpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate November und Dezember der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

† Berlin, 29. Okt. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses begann die Budgetberatung. Der neue Finanzminister erklärte, er könne noch keine vollständige Darlegung der finanziellen Lage geben, nur erscheine es ihm als ein dringendes Gebot der Finanzpolitik, eine größere Leichtigkeit der Bewegung bezüglich der Staatsschuldenentlastung zu ermöglichen, so daß in günstigen Jahren größere, in unglücklichen kleinere Summen darauf verwendet würden. Auf Antrag Löwe's wird die Finanzdebatte vertagt, bis der Finanzminister die finanzielle Lage darlegen könne.

† Wien, 28. Okt. Die heutige Abendnummer der „N. Fr. Pr.“ meldet: Berichte des Statthalters von Dalmatien konstatieren, daß die Aufständischen fortwährend aus Montenegro und der Herzegowina Zugang erhalten. Um diese Zuzüge zu verhindern, erscheint es daher dem Befehlshaber notwendig, auf türkischem Boden, insbesondere an der Grenze von Montenegro, zu operieren. Das Ministerium des Meeres hat sich daher an die Pforte gewandt, um die Erlaubnis zur Ueberschreitung der Grenze zu erwirken.

† Madrid, 29. Okt. Die Unionistenversammlung erklärte sich mit allen gegen zwei Stimmen gegen den Herzog von Genoa. Die Minister Lopez, Silvela und Arbanaz protestierten gegen die Fortdauer des Provisoriums.

† Madrid, 29. Okt. Die Erwählung des Herzogs von Genoa wird für wahrscheinlich gehalten. Derselbe würde für volljährig erklärt. Keine Regimentschaft. Die Cortes sind folgendermaßen getheilt: Unionisten 60 bis 70, die Radikalen umfassend, Progressiven und Demokraten 130 bis 140.

† Konstantinopel, 28. Okt. Der Kaiser von Oesterreich ist heute Mittag auf dem Dampfer „Sultano“ hier angekommen und wurde vom Sultan an Bord des Schiffes begrüßt. Der Hafen war mit Flaggen geschmückt. Der Kaiser ist im Pallast Dolmabahische abgestiegen.

Deutschland.

Darmstadt, 27. Okt. Man schreibt dem „Krf. Journ.“: Der Chef des preussischen Militärkabinetts, v. Treckow, weilt seit vorgestern hier. Derselbe hat dem Vernehmen nach ein Handschreiben des Königs Wilhelm an den Großherzog überbracht, welches eine Reihe von Desiderien enthält, die mehreren unserer höheren Offiziere bereits Veranlassung gegeben haben sollen, um ihre Pensionirung nachzusuchen. Weiter wird behauptet, daß auch dem Wunsch, die Organisation der Division einer gänzlichen Umgestaltung zu unterwerfen, in sehr bestimmter Form Ausdruck gegeben sei. Die Sendung des Hrn. v. Treckow soll als eine Frucht der vom König gelegentlich der kürzlich gehaltenen Manöver gemachten Wahrnehmungen zu betrachten sein.

Unter dem 28. d. meldet man dem Telegraph. Bureau für Mittel-, Süd- und Westdeutschland aus Darmstadt: Oberst Knie und Major Hobermehl haben nach der Ankunft des Generalmajors v. Treckow aus Berlin um ihre Pensionirung gebeten. Außerdem sollen noch 4 andere Stabsoffiziere aufgefordert worden sein, ihre Pensionirung zu verlangen.

Bremen, 27. Okt. (Nat.-Ztg.) Nach mehreren vergeblichen Anläufen aus der Mitte der Bürgerschaft haben wir nun endlich auch sichere Aussicht, die reaktionäre Bundes-Freih- und Vereins-Gesetzgebung der fünfziger Jahre los zu werden. Praktisch längst so gut wie obsolet geworden, soll sie nun auch aus dem geltenden Recht entfernt werden, wie die dafür zuständige Senats- und Bürgerschafts-Deputation empfiehlt. Hinsichtlich der pressrechtlichen Strafbestimmungen will man freilich auf das in Arbeit begriffene Bundes-Strafgesetzbuch warten. Aber im Uebrigen sollen neben der Konzeptionspflicht fallen die Kautionen, das Pflichtemplar, die amtlichen Verwarungen. Bestehen bleiben sollen die Pflicht zur Aufnahme amtlicher Bekanntmachungen gegen Gebühren, die Pflicht der Angabe von Ort und Firma des Verlags, die Vorschrift, daß der (ebenfalls zu benennende) verantwortliche Redakteur die bürgerlichen Rechte besitze. Das Vereins- und Versammlungsgesetz des alten Bundestags wird zu einfacher Aufhebung empfohlen, so daß die betreffenden Verfassungssätze allein in Kraft bleiben, jedoch auch mit der Einschränkung, daß die für politische Vereine und Versammlungen erforderliche polizeiliche Erlaubnis nur bei Verdacht der Verfolgung strafbarer Zwecke verweigert werden darf. An der Annahme dieser Vorlage durch Senat und Bürgerschaft ist nicht zu zweifeln.

Berlin, 27. Okt. (Köln. Z.) Das Abgeordnetenhaus hatte heute einen Anhetag im strengsten Sinne des Wortes. Man wollte den verschiedenen Gruppen des Hauses besondere Miße gönnen, zu dem Wechsel im Finanzministerium

Position zu nehmen. Der neue Chef der Finanzverwaltung gehörte als Mitglied des Herrenhauses, wie als Mitglied des Reichstages der altliberalen Partei an. Der neue Minister ist vor wenigen Tagen in sein 58. Jahr getreten; vom Jahr 1834 bis zum Jahr 1850 war er in verschiedenen Verwaltungskreisen als Rath thätig; im Jahr 1850 verließ er den aktiven Staatsdienst und trat an die Spitze der Seehandlung. Man wird demnach nach eingehender Besprechung die einzelnen Theile des Budgets beraten und diejenigen Theile der Budgetvorlage, welche sich auf Deckung des Defizits beziehen, an die Budgetkommission verweisen. Allgemein ist die Ansicht verbreitet, es werde der Entwurf, welcher den Zuschlag von 25 Proz. zc. betrifft, zurückgezogen werden. Daß man von verschiedenen Seiten mit bestimmten Vorschlägen zur Aufstellung eines neuen Finanzplanes vorgehen wird, ist außer Zweifel; man will nur erst sehen, wie sich der neue Minister zu dem Budget stellen wird.

Gerüchte über weiteren Wechsel im Ministerium, welche sich heute aus den parlamentarischen Kreisen an die Börse verpflanzt haben, entbehren jedes Grundes; auch der Rücktritt des Hrn. v. d. Heydt wäre nicht erfolgt, hätte derselbe nicht so dringend um seine Entlassung nachgesucht. — Der russische Reichskanzler Fürst Gortschakow, der vorgestern auf der Rückreise nach Petersburg in Berlin anwesend war, kehrt in sehr leidlichem Zustande in sein Vaterland zurück. Gestern Abend reiste der russische Gesandte in Kopenhagen hier durch nach Petersburg zur Bestattung seines Schwiegervaters, des bekannten Generals v. Korff.

Berlin, 28. Okt. Se. Maj. der König empfing gestern Vormittag den Staatsminister a. D. Hrn. v. d. Heydt und ertheilte dem neu ernannten Finanzminister Camphausen eine Audienz. Später wurde der kaiserl. österreichische Gesandte, Graf v. Wimpffen, zu einer Audienz empfangen. — Der König ist des sehr unglücklichen Wetters wegen der vom Herzog von Braunschweig erhaltenen Einladung zu Jagden, die bei Blankenburg abgehalten werden sollen, nicht gefolgt. Wir hatten heute den ganzen Vormittag starken Schneefall mit Wind. Von Mittag an trat Regen ein. Die Prinzen Karl und Friedrich Karl, sowie der Prinz August von Württemberg sind heute früh zu den Jagden nach Blankenburg abgereist. Dorthin begibt sich von Dresden aus auch der Prinz Albrecht.

Unter dem Vorsitz des Kriegsministers v. Roon trat gestern Mittag das Staatsministerium zu einer Sitzung zusammen. In derselben erfolgte die Einführung des neuen Finanzministers. Hr. Camphausen hat bereits heute die Leitung des Finanzministeriums übernommen. Wahrscheinlich wird er morgen im Abgeordnetenhaus erscheinen. Das Unwohlsein, an welchem er mehrere Tage litt, ist beinahe gänzlich verschwunden.

Hiesige Blätter tragen sich mit Gerüchten von angeblich in Aussicht stehenden noch weiteren Veränderungen im Staatsministerium. Namentlich wird behauptet, auch der Handelsminister, der Kultusminister und der Minister des Innern würden ausscheiden. Nach den Versicherungen der „Börsen-Ztg.“ soll vom Handelsminister, Grafen zu Harnitz, schon ein förmliches Entlassungsgesuch eingereicht worden sein. Alle diese Behauptungen sind grundlos. Es besteht hier keine Ministerkrise und außer dem Hrn. v. d. Heydt tritt jetzt kein Kabinetmitglied zurück. Das angelegte Entlassungsgesuch des Grafen Harnitz erweist sich als eine Wiederholung der Gerüchte, welche bereits zur Zeit der Prämienanleihefrage mit großem Eifer verbreitet wurden. Mit dieser Frage steht auch das Ausscheiden des früheren Finanzministers nicht in Zusammenhang. Der Rücktritt des Hrn. v. d. Heydt ist sehr rasch zur Entscheidung gekommen. Die Anlässe zu demselben liegen in der jüngsten Vergangenheit. Wie schon gestern erwähnt, hat das Auftreten der konservativen Partei in der Defizitangelegenheit den Hauptanschlag gegeben. Wegen der Vorgänge in Betreff des Prämienanleihe-Projekts hatte Hr. v. d. Heydt nicht um seine Entlassung nachgedacht. — Heute früh ist der bisherige Vertreter Preussens am kaiserl. österr. Hofe, Hrn. v. Wert her, aus Wien hier eingetroffen. Derselbe wird sich alsbald auf seinen Botschafterposten nach Paris begeben. Gestern hat der Geh. Legationsrath v. Neubell seine Reise nach Egypten angetreten, um als Kommissär des Norddeutschen Bundes an den Konferenzen Theil zu nehmen, die zur Herbeiführung von internationalen Vereinbarungen über den Verkehr auf dem Suezkanal in Kairo stattfinden sollen.

Im Bundeskanzler-Amt arbeitet man an einer zunächst für den Bundesrath bestimmten Denkschrift über die finanzielle Beihilfe des Norddeutschen Bundes an dem Projekt einer Gotthardt-Eisenbahn. Wie verlautet, besteht in dieser Angelegenheit die Absicht, ein gemeinsames Vorgehen des Norddeutschen Bundes und der süddeutschen Staaten herbeizuführen. Zu diesem Zweck sollen mit den Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden Verhandlungen angestrebt werden.

Oesterreichische Monarchie.

* Wien. Aus Dalmatien lauten die Nachrichten immer noch sehr bedenklich. Die steilen öden Felsengebirge, Weg-

losigkeit, Verstärkung der Insurgenten aus Montenegro und der Herzegowina, schlechtes Wetter u. s. w. machen die Lage bei an Stärke ohnehin ungenügenden Truppen zu einer äusserst schwierigen und an eine rasche Niederschlagung des Aufstandes ist nicht zu denken. Dem „Wanderer“ geht aus dem B o c h e di C a t t a r o, 19. ds., ein Schreiben zu, das manche interessante Aufschlüsse gewährt. Es lautet:

Ich habe mich auf den Schauplatz des Aufstandes begeben und dort nach einem viertägigen Aufenthalt mir einige Kenntnisse von der Sachlage zu verschaffen gesucht. Ueber das Gesecht bei Kriwoie am 7. d. M. theilten mir Augenzeugen Folgendes mit: Die Insurgenten lagern auf den Gebirgen getheilt in kleine Gruppen von 30 bis 40 Mann; ihr Führer heißt Bronic und ist ein sehr reicher Bauer von Zuppa. Ein hoher, schöner Mann leitet er mit zwölf andern intelligenten Vochesen den ganzen Aufstand, welcher nur von 1800, in Waffen tüchtig gekübten jungen Leuten geführt wird. Jeder Mann besitzt ein Gewehr, drei bis 4 Pistolen (die Waffen nach dem neuesten System), Handjar und kleinere, scharf geschliffene Messer; gekleidet sind die Leute in ihr matorisches, mit Silber gesicktes orientalisches Kostüm; mit Nahrungsmitteln sind sie reichlich versorgt. All ihr Vieh, Esel, Ochsen, Schafe und Schweine haben sie, sowie ihre Familien nach Grapovo (türkisches Gebiet) geschickt. Eine Abtheilung wird von der andern durch einen Gewehrschuß verständigt und durch Boten über jede Disposition des Befehlshabers mündlich in Kenntniß gesetzt. Wenn ein Dampfer durch den Kanal von Cattaro zieht, wird von jedem Gebirgshügel ein Schuß abgefeuert als Signal, aber nicht gegen die Passagiere oder das Schiffpersonal. Wenn sie eines Kriegsdampfers mit Truppen ansichtig werden, so wird er durch 2 Gewehrschüsse avisiert. Alle Straßen, selbst die kleinste Wege haben sie durch hingeworfene Steinmassen unsicher gemacht. Rings um ihre befestigten Lager haben sie tiefe Gruben gemacht, so daß ihnen schwer herzukommen ist. Gegen solche Streitkräfte wird unsere Armee schwere Kämpfe zu bestehen haben, man vernichtet zum Theil schon mit Steinmassen, die von den Hügeln geworfen werden, ohne daß ein Gewehrschuß fällt. Wir glauben, daß man im freundlichen Wege der Verhandlung viel mehr erreichen würde. Die Leute sollen bereit sein, sich zu ergeben und sich der Landwehrpflicht zu unterziehen, nur nicht unter den gegebenen Bedingungen. Sie wollen ihr nationales Kostüm beibehalten, auch die Gewehre sollen die bei ihnen üblichen sein. Auch wollen sie nur innerhalb der Grenze der Bezirkshauptmannschaft verwendet werden. Die lange Expedition soll frei sein, daher ihnen auch während der Landwehrdienstzeit nach Belieben ins Ausland zu gehen erlaubt sein müßte. Als diplomatischen Vermittler verlangen sie den Erzgouverneur FML. Baron Wipplowicz; mit R. v. Wagner wollen sie nicht politiren. Der schriftliche Vertrag, in welchem ihnen zugesprochen wird, daß sie keine Strafe erhalten, und der zugleich die erwähnten Bedingungen des Landwehrdienstes enthalten soll, müßte von Sr. Maj. dem Kaiser eigenhändig unterschrieben sein, indem sie den Militär- oder Zivilbeamten kein Vertrauen schenken.

Am 24. traf das Infanterieregiment Marovic von Triest in Cattaro ein; zwei Jägerbataillone folgen demnach nach. Am 23. d. telegraphirte FML. v. Wagner:

Mit vorhandener Macht kann ich jeden Kampf aufnehmen, aber nicht Entwaffnung und Landwehrstellung durchsetzen, bitte um 8. und 9. Jägerbataillon. Insurgenten weihen größeren Gesechten aus, umschwärmen auf unzugänglichen Felsentämmen die Kolonnen, fallen über schwächere Abtheilungen her, massakriren Einzelne, wodurch entscheidende Schlage nicht möglich werden. Solch unsichtbarer Feind erschwert die Märsche auf den wenigen, schlechten, schmalen Wegen. Für Schwierigkeiten dieser Gegend kann nur Erfahrung Maßstab sein. Von Budua noch keine Nachrichten. Um 2 Uhr Nachmittags der Posten von Sorada angegriffen. 2 Bataillone und 4 Mörsergeschütze dahin entsendet, waren nach zünftigen Kampfe die Insurgenten zurück. Unsererseits 4 Mann todt, 1 Offizier, 7 Mann verwundet. Insurgentenverlust dürfte bedeutend sein. Wacht haus Stagnovich durch Verrat gelegentlich Einlaßes Proviant bringender Banduren gefallen. Der Offizier und 2 Mann getödtet, 2 Mann verwundet, Rest von 40 Mann, von Stod zu Stod sich verteidigend, auf Terrasse mit Steinwürfen und Gewehrschüssen vom dominirenden Felsberg zur Ergebung gezwungen; ein Jäger hievon, glücklich durchgeschlichen, bringt diese und die Nachricht, daß von übrigen Grenzposten heute Kanonendonner, von Budua Silberfeuer gehört wurde und er in der Zuppa viele wohlbewaffnete starke Insurgentenbänden gesehen.

Wien, 27. Okt. Ein Privattelegramm der „N. Fr. Pr.“ vom 27. Okt. meldet: Der gestrigen Expedition unter Oberst Jovanovic gelang die Entschung des Forts Dragali nicht. Die Oesterreicher mußten, von 2000 Insurgenten hart bedrängt, das Hochplateau vor Dragali räumen, und zogen sich mit ziemlichen Verlusten nach Pisano, Dragali und Ceretvice zurück, fortwährend von Insurgentenhaufen ernirt.

Wien, 28. Okt. (N. Fr. Pr.) Das Reichsgesetzblatt enthält heute die folgende kaiserl. Verordnung vom 25. d. M., wodurch mit Beziehung auf den § 14 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Cattaro für die Dauer der außerordentlichen Verhältnisse daselbst nachfolgende Verfügungen getroffen werden:

Dem jeweiligen Kommandanten der Militärstreitkräfte im Bezirke Cattaro wird die gesammte vollziehende Gewalt im Bereiche der politischen und polizeilichen Verwaltung zur selbständigen Ausübung übertragen. Denselben sind daher alle Organe der öffentlichen Verwaltung einschließlich der Gemeindevorstände untergeordnet; er hat in den

genannt in Zweigen der Verwaltung die Befugnisse des Landesherren zu üben und ist ermächtigt, die sonst dem Minister des Innern, dann dem Minister für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit vorzulegenden Maßnahmen zu treffen. Diese Verordnung hat mit dem Tode des Bundespräsidenten in Wirksamkeit zu treten. Mit dem Vollzuge derselben ist das Gesamtministerium beauftragt.

Aus den Landtagen ist heute das Wichtigste, daß nun der böhmische Landtag gleichfalls ein Votum für die Wahlreform abgegeben hat. Heute wird derselbe vermutlich den Verlauterung der Mandate jener tschechischen Abgeordneten aussprechen, die bisher nicht im Landtage erschienen sind. Die Session des böhmischen Landtags ist noch verlängert. Vom Tiroler Landtag hoffen wir bald zu hören, daß er aufgelöst wurde.

Wien, 28. Okt. Seit den letzten, von mehr als zweifelhaftem Erfolg gekrönten Operationen gegen die dalmatinischen Insurgenten — die betreffenden Forts sind verproviantirt, aber keineswegs entsetzt — liegt keine Nachricht mehr vor und es dürften noch Tage vergehen, bevor die Truppen in hinlänglicher Zahl beisammen sind, um irgend einen wirklichen Angriff unternehmen zu können.

Italien.

Florenz, 24. Okt. (Röm. Z.) Die theilweise Aenderung des Ministeriums wird von den besonnenen Parteien hauptsächlich deshalb gebilligt, weil Graf Menabrea dem König Persönlichkeiten zu Ministern des Innern und der Justiz vorgeschlagen hat, welche durch keine Verpflichtungen den parlamentarischen Parteien gegenüber gebunden sind. Mitwirkend bei den Ernennungen ist aber auch der Umstand gewesen, daß die neuen Minister sich bereits als einsichtsvolle und energische Beamte unter schwierigen Verhältnissen bewährt haben. Da der König erst in Folge der Reise des Ministerpräsidenten nach Turin vorgestern hierher zurückkehrte, ging das Gerücht, der König habe die neuen Minister aus der piemontesischen Partei wählen wollen. Der ernannte Minister des Innern, Marquis Rudini, war früher Syndikus von Palermo und später Präsekt von Neapel. Der Minister der Justiz, Senator Bigliani, hat als Präsekt verschiedener großen Städte Italiens Gelegenheit gehabt, Erfahrungen zu machen und Verwaltungskenntnisse zu sammeln, welche ein Justizminister schwer entbehren kann. Es war auch die Nachricht verbreitet, daß Cattazzi für den Eintritt ins Ministerium gewonnen sei. Es scheinen aber mit demselben gar keine Verhandlungen stattgefunden zu haben.

Florenz, 27. Okt. Das Dekret des Finanzministers über die Subskription zur Kirchengüter-Auleihe ist veröffentlicht. Die Subskription soll vom 4. bis 12. Novbr. dauern und ist der Emissionskurs auf 77 festgesetzt; die Verzinsung beginnt mit dem 1. Oktbr. Für das Inland sind 50 Millionen, für das Ausland 80 Millionen zur Auflage bestimmt.

Frankreich.

Paris, 28. Okt. Die „Patrie“ berichtet, daß die Frage der sechs großen Armeekommandos auf dem Punkte steht, in folgender Weise gelöst zu werden: Von den sechs Kommandos, die in Toulouse, Tours, Lille, Nancy, Lyon und Paris ihren Sitz haben, würden nur die letzteren drei beibehalten werden. Man weiß, daß das Generalkommando von Toulouse durch die Ernennung des Generals Leboucq zum Kriegsminister bereits vakant ist, ebenso daß das Generalkommando von Nancy so eben in Folge der Ernennung des Marschalls Bazaine zum Kommandanten des Gardekorps dem General de Tailly übertragen worden ist. Nun ist davon die Rede, das Hauptquartier von Nancy nach Metz zu verlegen. Die Armeekommandos von Paris und Lyon würden in den Händen des Marschalls Canrobert und des Generals Grafen Palatin verbleiben.

Hr. v. Banneville, französischer Botschafter in Rom, ist gestern Abend auf seinen Posten zurückgekehrt. Er soll mit speziellen Instruktionen bezüglich des östlichen Konzils versehen sein, dessen Verhandlungen am nächsten 8. Dez. beginnen werden. — Der italienische Gesandte, Hr. Nigra, ist wieder auf seinen Posten zurückgekehrt.

Hr. Jules Simon ist gestern Abend nach Bordeaux gereist, wo eine Gruppe von Arbeitern seines Wahlbezirks ihm ein Bankett geben will. Er gedenkt mehrere Tage in Bordeaux zu bleiben und dort mehreren öffentlichen und Privatverhandlungen beizuwohnen.

Der „Liberté“ zufolge wäre die Rede davon, daß die Kammerherren, welche zu Abgeordneten gewählt sind, zu Ehrenkammerherren ohne Gehalt ernannt werden sollen und alsdann keine Dienste zu thun haben. Sodann soll erklärt werden, daß in Zukunft das Amt eines effektiven Kammerherrn mit der Stellung eines Abgeordneten unvereinbar ist.

Der „Liberté“ zufolge ist im Ministerrath die Frage der Eidleistung der Abgeordneten zur Sprache gekommen. Der Kaiser, Hr. Magne und Hr. v. Chasseloup-Laubat sollen ziemlich günstig für die Aufhebung des Eides sein; aber Hr. v. Forcade geht unter keiner Bedingung auf die Aufhebung des Eides ein. — Reute 71.85, Cred. mob. 205, ital. Anl. 54.15.

Spanien.

Madrid, 27. Okt. Die Ministerkrise wird für beendet gehalten; die Unionisten haben sich bereit erklärt, den König anzuerkennen, dem die Mehrheit der Stimmen zufließen würde. Morgen soll hierüber die entscheidende Beratung stattfinden.

Belgien.

Brüssel, 27. Okt. Die gestrigen Wahlen für die Gemeinderäte sind in Brüssel nur zum Theil zu Gunsten der Liberalen ausgefallen; von den Kandidaten der Association Liberale sind 11 gewählt worden, die Klerikalen im Verein mit den Radikalen haben vier ihrer Kandidaten durchgebracht. Zu Antwerpen haben, wie vorausgesehen, die Klerikalen gesiegt, dagegen sind in Lüttich alle Kandidaten der Association Liberale gewählt worden. In Gent, Brügge und Mecheln haben die Liberalen gleichfalls gesiegt, in Namur die Klerikalen, in Verviers ist die Wahl gemischt. Die Beteiligte war überall eine sehr lebhaft und brachte an manchen Orten eine gewisse Aufregung hervor.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 24. Okt. (Nat. Z.) Die Ernennung des Herrn v. Schwewitsch zum Gesandten in Wien wäre wahrscheinlich etwas früher erfolgt, wenn man nicht von hier aus nach Berlin den lebhaften Wunsch manifestirt hätte, diese persona gratissima unseres Hofes noch länger als Militärattaché hier zu behalten. Baron Schweinitz gehört zu den Diplomaten, die sich in allen Kreisen beliebt zu machen wissen; sein fleißiger Verkehr bei Hofe (namentlich im Sommer während der Lagerzeit, aber auch im Winter, während der Jagd, an der gewöhnlich auch Fürst Reuß theilnimmt) war gewiß für die Beziehungen der beiden Regierungen ein sehr nützlicher. Militärs solchen Schlages als Diplomaten werden immer ein „gesuchter Artikel“ bleiben; diese Doppelseigenschaft erleichtert ihnen mancherlei Beziehungen und gestattet ihnen, Einblicke in Dinge zu thun, die weder der Gesandte, noch der Militärattaché für sich allein erzielen können.

Türkei.

Russchuk, 27. Okt. Der Kaiser von Oesterreich setzte die Reise nach kurzem Aufenthalte fort. In Ginzewo wurde dem Kaiser von zahlreichen in den Donaufürstenthümern lebenden Oesterreichern ein festlicher Empfang bereitet. Dasselbst waren auch mehrere Mitglieder des rumänischen Ministeriums zur Begrüßung eingetroffen.

Amerika.

* Plymouth, 27. Okt. Der „Tasmanian“ bringt Nachrichten von Westindien und dem Stillen Ozean. In Callao herrschte beim Abgang der Post, am 28. Sept., ein allgemeiner panischer Schrecken; die Stadt war verödet, Patronen von Polizeisoldaten durchzogen dieselbe, um die Dörfer zu verhindern, davon Besitz zu nehmen. Die ganze Küste von Peru ist von den Einwohnern verlassen worden. Die Geschäfte liegen ganz darnieder. Man hatte angefündigt, daß die Erdbeben vom 13. Sept. bis zum 10. Okt. stattfinden würden. Der Schrecken wird bis Mitte Oktober dauern, auch dann, wenn die Prophezeiungen wirklich nicht eintreffen sollten. Die Erdbeben dauern an der Küste von Peru bis nach Quayaquil fort.

Badischer Landtag.

Fortsetzung aus der gestrigen 15. Sitzung der Zweiten Kammer.

Nach Verwerfung des Antrags des Abg. v. Feder und Eröffnung der allgemeinen Diskussion über den vorliegenden Gesetzentwurf erhält zuerst Abg. Kiefer das Wort und führt aus, daß, obwohl man für Das, was seit 50 Jahren durch die bestehende Verfassung geschehen, eine große Pietät bewahren müsse, sich doch im Laufe der letzten Jahrzehnte die Verhältnisse der Art geändert hätten, daß eine Reform dieser Verfassung dringender nötig sei, und er begrüße es mit Freude, daß die Regierung zu einer solchen Reform die Initiative ergriffen habe. Die Hauptfrage sei die der Wahlreform, da das alte Wahlsystem durch die Einführung neuer Gesetze, insbesondere des Gewerbegesetzes und des Freizügigkeitsgesetzes nicht mehr passend sei. Seit dem Jahr 1866, mit dem Wachsen der großen Ziele Deutschlands, haben sich auch die Parteien bedeutend verstärkt, und man fühle das höchste Bedürfnis, mit dem Volke in seinen großen Massen in nähere Beziehung zu treten, man müsse dasselbe bis in seine untersten Schichten erfüllen mit dem Bewußtsein der Größe Deutschlands und mit einer warmen Sympathie für alle großen und edlen Ziele und mit regem Interesse für die öffentlichen Angelegenheiten. Ein Hauptmittel dazu sei ein regeres Kammerleben, und dieses müsse durch verschiedene Reformen bewirkt werden in größerem Maße, als die Regierung vorzuschlagen. Er wolle noch keine Anträge stellen, allein als solche nötig fallenden Reformen erschienen ihm hauptsächlich 1) Bildung der Volksvertretung auf der Grundlage des allgemeinen direkten Wahlrechts; 2) Abkürzung der Landtags-Perioden; 3) Abkürzung des Abgeordnetenmandats; 4) Aenderung der Wahlbezirke. Die Grundfrage sei aber immer: ob direktes oder indirektes Wahlrecht eingeführt werden solle. Es sei allerdings richtig, daß eine größere Gefahr bei direktem als bei indirektem Wahlrecht bestehe, weil das Volk zum Theil noch nicht herangebildet sei, allein man müsse das Volk bilden und zu diesem Zweck seinen ganzen politischen Einfluß geltend machen, um den Einfluß der Bureaucratie der Kirche, welche noch viel gefährlicher sei als die Bureaucratie des Staates, zu brechen; er unterschätze die Gefahr, die von jener Seite komme, nicht, aber er fürchte sie nicht und scheue nicht den offenen Kampf mit derselben, den er mit allen Kräften und aller Energie durchzuführen wolle, und er hoffe, das badische Volk werde einsehen, wer es am besten mit ihm meine. — Seinen Antrag werde er verschieben bis zur Spezialdebatte zu Art. I. des Gesetzentwurfes.

Abg. Seitz erklärt sich einverstanden mit der Abkürzung des Wahlmandats und der Landtags-Perioden, dagegen nicht mit der Einführung des direkten Wahlrechts. Man spreche seitens der katholischen Volkspartei so viel von dem direkten Wahlrecht; diese Partei habe aber noch nichts gethan, um den katholischen Gemeinden in kirchlicher Beziehung auch nur eine Spur von Wahlrecht zu verschaffen, wie sie dies z. B. in der Schweiz hätten. Man behaupte, die indirekten Wahlen seien eine Fälschung des Volkswillens; dies sei nicht richtig. Die direkten Wahlen seien nur dann der Ausdruck des Volkswillens, wenn die Einzelstimme des Urwählers nicht verfälscht werde; es gäbe aber viele Leute, die diesen Willen fälschen durch verschiedene Mittel, materielle und geistige. Es gebe überhaupt keinen Wahlmodus, der vor Fälschung sichere. Das Volk in der Seegegend habe sich nicht für die direkten Wahlen begeistert, seitdem es gesehen habe, von welcher Seite dieselben so stürmisch verlangt werden. Der Bürger wähle lieber aus einem kleinen Kreise einen ihm bekannten Vertrauensmann, als einen von irgend einer Partei empfohlenen, ihm möglicher Weise ganz

unbekannten Abgeordneten; er werde daher wohl für direkte Gemeindevahlen, aber nicht für direkte Kammerwahlen stimmen; er fürchte zwar die direkten Wahlen nicht, denn der Ausgang der Zollparlaments-Wahlen habe bewiesen, daß doch die liberale Partei gesiegt habe; allein so lange man die direkten Wahlen nicht vor Fälschungen bewahren könne, werde er nie für dieselben sein.

Abg. Lindau: Er begrüße zwar die in der Regierungsvorlage gemachten Aenderungen, allein es sei damit nicht genug geschehen; der Gesetzentwurf erfülle nicht alle Wünsche des Volks; vor Allem sei Einführung des direkten Wahlrechts nötig. Ferner sei es heutzutage ungerecht, daß größere Städte nur 1, kleinere dagegen 2 Abgeordnete wählen; auch die Abgrenzung der Wahlbezirke sei unrichtig, da durch dieselbe die protestantische Bevölkerung vor der katholischen bevorzugt sei; die direkte Folge der Einführung des direkten Wahlrechts werde sein, daß das Haus ganz anders werde zusammengesetzt sein, als es heute sei. Die im Jahr 1860 von der Regierung ausgesprochenen Grundzüge proklamirten eine direkte Beteiligung des Volks, und er sei damit vollkommen einverstanden, allein diese Grundzüge seien bis jetzt nicht zur Ausführung gekommen. Weiter sei noch nötig die Einführung einer kürzeren Mandatsdauer und der einjährigen Budgetperioden. — Er werde jedoch für den Gesetzentwurf stimmen, da er wenigstens einen Theil seiner Wünsche befreibe.

Abg. Conrad: Obwohl er von einem Theil seiner Wähler aufgefordert worden sei, sich an den Debatten zu Gunsten des direkten Wahlrechts zu betheiligen, so müsse er doch, so gern er die Wünsche berücksichtige, in diesem Punkte gegen dieselben sprechen; bei der Aenderung der Gemeindeordnung werde er für direkte Wahlen stimmen. Nebenentwickelt hierauf seine Gründe aus den drei Gesichtspunkten: 1) Wer will das allgemeine direkte Stimmrecht? 2) welches ist die beste Wahlart? und 3) welche sind die Folgen der einen und der andern Wahlart? und kommt zu dem Resultat, daß die indirekten Wahlen für uns das z. B. allein Annehmbar seien; deshalb stimme er für die Regierungsvorlage.

Abg. Kopschirt: Auch er hege gleiche Pietät wie der Abg. Kiefer gegen die Verfassung, wenn sie sich auch zuweilen in den stürmischen Zeiten nicht ganz fähig erwiesen habe; sie habe dennoch immer diese Krisen überdauert. Allein die Verfassung sei ein Kind der Zeit und müsse sich mit der Zeit weiter entwickeln. Der Kommissionsbericht erfülle seine Aufgabe nicht, denn er beruhe nicht das ganze Volk zur Theilnahme; er hebe den Eintritt in den Norddeutschen Bund besonders hervor, ohne das Volk erst darüber zu fragen; erst wenn dieses der Regierung seine Ansicht ausgesprochen, könne dann die Regierung das ihr gut Scheinende thun. Ueber diese Frage sollte nicht eine Volksvertretung abstimmen, die noch zum Theil vor dem Jahr 1866, wo diese Frage noch gar nicht bestanden habe, gewählt sei. Man habe bis jetzt rationelle Gründe gegen das direkte Wahlrecht nicht vorgebracht; wenn man sage, die Masse des Volkes besäße noch nicht die nötige Intelligenz, so müsse er entgegen, daß auch die Wahlmänner nicht immer die gebildetsten und einsichtsvollsten Männer seien; auch lasse sich ein Wahlmänner-Kollegium viel leichter beeinflussen und einschüchtern wie die Gesamtheit der Urwähler. Wenn der Kommissionsbericht als Grund gegen das direkte Wahlrecht eine geringe Beteiligung des Volkes an den Wahlen hervorhebe, so sei dies unrichtig, denn gerade die Zollparlaments-Wahlen hätten das Gegentheil gezeigt. Die Einführung des direkten Wahlrechts sei das einzige Mittel, um aus den gegenwärtigen politischen und kirchlichen Wirren herauszukommen.

Eine sehr notwendige Reform sei schließlich die der Abkürzung der Legislaturperiode; eine solche von 8 Jahren, welche nur durch die Furcht des Jahres 1818 eingeführt worden, sei zu lange; dieselbe müsse auf 3 oder 4 Jahre herabgesetzt werden. Wenn dies geschehe, so müsse auch notwendig eine Gesamtverneuerung der Kammer eintreten, damit nicht Abgeordnete, die nach zweierlei Wahlsystemen gewählt seien, in dem Hause wären. Endlich macht Redner noch einige Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln des Gesetzentwurfes, dem er eventuell seine Zustimmung gebe.

Staatsminister des Innern Dr. Jolly: Wenn der Herr Vorredner die Verfassung als hinfällig bezeichne, so sei dies unrichtig, sie habe die verschiedenen Krisen gut überstanden und sie trage nicht die Schuld an den Ereignissen des Jahres 1848. Plebiszite seien bis jetzt nur in Frankreich vorgekommen und die Erfolge derselben seien, wie Jedermann bekannt, nicht sehr befriedigend ausgefallen. — Die schon auf zwei Landtagen verlangten Reformen sollen jetzt gemacht werden, insbesondere durch Fallenlassen des Erfordernisses des Ortsbürgerrechts zur Wahlfähigkeit. Das ganze Haus habe sich für Alles, was der Gesetzentwurf enthalte, ausgesprochen; wenn auch manche Aenderungen beantragt und insbesondere manche weitergehende Forderungen gestellt worden seien. Der Gesetzentwurf enthalte hauptsächlich allgemeine und geheime Wahlen, die Initiative der Kammer, die selbständige Wahl des Präsidenten und die Beseitigung der schleppenden Formen des Geschäftsganges. Eine Meinungsverschiedenheit bestehe nur bezüglich des direkten und indirekten Wahlrechts, denn auf die Diskussion über die andern vorgeschlagenen Aenderungen könne sich die Regierung heute nicht einlassen. Im Großen und Ganzen betrachte er diese Frage nicht als Prinzipienfrage, und es würden sich durch Einführung des direkten Wahlrechts auch nicht alle schwebenden politischen und kirchlichen Fragen lösen, wie der Hr. Vorredner glaube; er betrachte sie vielmehr lediglich als Frage der Zeit. Die Hauptfrage dabei sei: „auf welchem Wege gelangt man am besten zum wahren Ausdruck des Volkswillens?“ Die verschiedenen Gründe, die man gegen das indirekte Wahlrecht vorgebracht habe, seien im Wesentlichen nicht gegen den Gesetzentwurf; wenn man von Beeinflussungen der Wahlen spreche, so sei es schwer zu sagen, bei welchem System die größten und unberechtigtesten Beeinflussungen vorkämen; es seien darin beide Systeme ziemlich gleich. Man

halte sich am sichersten an die Erfolge der beiden Systeme im Großen: der Erfolg des indirekten Wahlrechts sei hauptsächlich ein Sieg der Intelligenz, derjenige des direkten Wahlrechts der Instinkt der Massen des Volkes, obwohl der Erfolg der beiden Systeme im Grunde nicht so sehr auseinandergehe. Man müsse jedoch den Sieg der Intelligenz vorziehen. Nur durch das indirekte Wahlrecht schütze man hauptsächlich einen kleinen Staat vor großen Schwankungen und unheilvollen Ausdrücken politischer Anschauungen, während in einem großen Staat alle diese Nachteile auch bei direktem Wahlrecht leichter ausgeglichen würden. Schließlich erscheine es auch unbillig, ein System, welches so viele große Männer, auf die ganz Deutschland mit Bewunderung geschaut, der Kammer zugeführt habe, plötzlich über Bord zu werfen. Sein Grundsatz sei: „langsam vorwärts, aber nie rückwärts“. Er empfehle daher den Gesetzentwurf zur Annahme.

Abg. Kossirt: Er habe nicht für ein Plebiszit gesprochen, sondern nur sagen wollen, daß dies dem direkten Wahlrecht näher führe; auch habe er nicht sagen wollen, daß durch Einführung des direkten Wahlrechts alle Streitigkeiten auf die einmal geschlichtet würden, sondern nur, daß dieselbe ein Mittel zur Herstellung einer Ausgleichung sein werde.

Abg. Paravicini: Der vorliegende Gesetzentwurf enthalte große Fortschritte, und er hoffe, daß er nach der Annahme bald verkündigt würde, damit auf Grund des Art. V noch weitere Verbesserungen eingeführt werden könnten. Er stimme mit dem Kommissionsantrag für indirekte Wahlen, weil der Wähler den Mann kennen müsse, welchen er wählen wolle, und dies könne er nur, wenn er aus seinem engeren Kreis einen ihm genau bekannten Mann zum Wahlmann wähle. Dem Abg. Lindau gegenüber wolle er nur noch einen Punkt hervorheben, nämlich daß diejenigen Männer, welche im Jahr 1818 die Verfassung gemacht hätten, Ehrenmänner gewesen seien, die bei Eintheilung der Wahlbezirke nicht an Bevorzugung der Protestanten gegenüber den Katholiken gedacht hätten, sondern man habe sich lediglich nach den Steuerbezirken gerichtet, und so sei die Eintheilung bis heute geblieben; eine solche Parteinahme wie heute habe damals glücklicher Weise noch nicht bestanden.

Abg. v. Sulat schließt sich den Ausführungen des Abg. Kiefer an bezüglich der Einführung der direkten Wahlen, welche ein reinerer Ausdruck des Volkswillens seien als die indirekten. Der Hr. Staatsminister habe gesagt, es sei eine Frage der Opportunität, ob dasselbe eingeführt werden solle, allein wenn Etwas recht sei, so müsse es auch opportun sein. Er wünsche, daß man mit der kathol. Volkspartei in den Kampf oder wie man zu sagen pflege, auf die Mensur trete, er fürchte ihre Macht nicht. Auch glaube er, daß die Vereinigungen bei direktem Wahlrecht viel geringer seien als bei dem indirekten. Endlich sei er der Ansicht, daß die Einführung des direkten Wahlrechts dazu beitragen werde, den Frieden in unserem Lande wieder herzustellen.

Abg. Eschbach erklärt sich ebenfalls mit der Ausführung des Abg. Kiefer einverstanden; er glaube, daß in finsternen Zeiten durch das indirekte Wahlrecht mehr geschadet als genützt werde. Das direkte Wahlrecht sei eine Forderung der Zeit, das Volk brauche keine Bevormundung mehr, es sei reif auf dem politischen Gebiet; je größer die Wahlfreiheit, desto größer sei der Kredit der Volksvertretung; auch sei das direkte Wahlrecht ein Hauptmittel zur Bildung des Volks, ein großes Werkzeug des Fortschritts, dessen man sich bemächtigen müsse.

Abg. Huffschild: Im Prinzip halte er auch die direkten Wahlen für besser, allein jetzt sei der Zeitpunkt zur Einführung dieses großen Prinzips noch nicht gekommen. Eine notwendige Folge davon würde die Eintheilung des Landes in gleiche Wahlbezirke sein und wo blieben dann die naturgemäßen Prärogativen der großen Städte? Er glaube deshalb, daß man vor Aenderung der Ersten Kammer eine wesentliche Aenderung in diesem Hause nicht vornehmen solle; man wisse ja noch nicht, ob überhaupt die Erste Kammer beibehalten würde, ob, wenn sie bleibe, die großen Städte eine Vertretung in ihr haben werden u. s. w.: dies müsse Alles zuerst abgewartet werden. Er stimme daher nicht für Einführung der direkten Wahlen.

Abg. Mühlhauer: Er stehe als Anhänger der konservativen Partei auch keine radikalen Ueberreibungen, allein er müsse trotzdem das direkte Wahlrecht vorziehen. Da ein absoluter Vorzug der beiden Wahlsysteme nicht bestehe, so halte er dasjenige für das beste, welches jedem Einzelnen möglich mache, seine Stimme geltend zu machen; dies allein sei der wahre Konstitutionalismus. Die bisherigen Wahlen seien ihm nicht wahr genug vorgekommen. Redner führt hierauf aus, daß die Einwendung, das Volk sei noch nicht reif, allerdings theilweise richtig sei, allein es sei überhaupt nicht möglich, einen solchen idealen Zustand der Reife zu erlangen; so weit sei es reif, um keiner Bevormundung mehr zu bedürfen, welche in dem indirekten Wahlsystem liege. Das direkte Wahlrecht sei gerade ein Bildungsmittel, das Volk reifer zu machen, denn nur durch seine Ungebildetheit lasse es sich hin- und herziehen von den Parteien. Es sei allerdings möglich, daß man bei dem direkten Wahlrecht keine bessere Kammer bekomme, als man bei dem indirekten gehabt habe, allein dies schade nichts, sie sei dann doch der reinerer Ausdruck des Volkswillens. Ein Hauptmangel des jetzigen Systems sei der, daß die Abgeordneten in zu geringer Berührung mit dem Volke kämen. Was die übrigen vorgebrachten Aenderungen betreffe, so stimme er den meisten bei, insbesondere bezüglich der Abkürzung des Wahlmandats und der Aenderung der Wahlbezirke; er habe jedoch noch einen Wunsch, nämlich daß die Regierung den Wählern gar keine Schranke setze in der Person des zu Wählenden, daß also der § 35 der Verf.-Akt. abgeändert werde, so daß es auch den Grundherrschaften möglich werde, in die Zweite Kammer gewählt zu werden.

Abg. Tritscheller: Auch er würde für das direkte Wahlrecht stimmen, wenn es nicht gefährdet würde durch den Ultramontanismus. Redner führt hierbei aus, wie seit dem Jahr 1860, wo die Kirche frei gemacht wurde, sie eine poli-

tische Partei geworden sei, welche das Volk gegen die Regierung und gegen alle Gesetze aufreize; der Ultramontanismus wolle keinen Großstaat, kein großes, gesammtes Deutschland, weil er dort nicht die Macht hätte, wie in einem kleinen Staat; das Ziel seiner Bestrebungen sei eine römische Priesterherrschaft, wie sie erst in jüngster Zeit Italien und Spanien in blutigen Kämpfen abgeschüttelt habe. Um dieser Herrschaft nicht zum Siege zu verhelfen, stimme er heute gegen das direkte Wahlrecht. (Schluß folgt.)

Verichtigung. In dem gestrigen Abdruck des Gesetzentwurfs, die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betreffend, ist ein Druckfehler unterlaufen. Es blieb nämlich bei dem Kommissionsantrag zu Art. VIII am Schluß hinter: so oft es x. irrtümlich weg: § 71 der V.-U. bis zu Ende.

† Karlsruhe, 29. Okt. Die in unserem gestrigen Bericht über die 15. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer erwähnten Petitionen sind:

Petition von Einwohnern der Stadt Marzheim, die Aenderung der Verfassung und der Wahlordnung betr.; übergeben von dem Abg. v. Jeker.

Deffgleichen von Pforzheim, Aenderung der Gemeindeordnung und insbesondere Beseitigung des Klassenystems betr.; übergeben von dem Abg. Kayser.

Deffgleichen von der Gemeinde Oberkirch in gleichem Betreff; übergeben von dem Abg. Fischer.

Deffgleichen vom Gemeinderath und Ausschuss von Altwiesloch, die Umlagen dieser Gemeinde, insbesondere die Vorausbeträge der staatsbürgerlichen Einwohner betr.; übergeben von dem Abg. Wundt.

Deffgleichen von den Gemeinden Heiligkreuzsteinach, Lampenhain, Vorderheubach, Wansbach, Steinlingen und Wünschelbach, Ausbau der Straße von Heiligkreuzsteinach nach Weinheim betr.; übergeben von dem Abg. Holzmann.

Sodann eine Anzahl gleichlautender Petitionen in Betreff des Gesetzentwurfs, den Betrieb der Wirtschaften und den Kleinhandel mit geistigen Getränken betr.: Aus dem Amtsbezirk Kaspatt, übergeben durch das Sekretariat; aus dem Amtsbezirk Gengenbach, übergeben von dem Abg. Fischer; aus dem Amtsbezirk Wertheim, übergeben von dem Abg. Lindau; aus dem Amtsbezirk Borberg, übergeben von dem Abg. Huffschild; aus dem Amtsbezirk Neckargemünd, übergeben von dem Abg. Wundt; aus den Amtsbezirken Heidelberg und Weinheim, übergeben von dem Abg. Schmeier; aus dem Amtsbezirk Lahr, übergeben von dem Abg. Morstadt; aus dem Amtsbezirk Achern, übergeben von dem Abg. Conrad; aus dem Amtsbezirk Brrach, übergeben von dem Abg. Lamey; aus den Amtsbezirken Zettstetten, Waldshut, St. Blasien, übergeben von dem Abg. Hebling; aus dem Amtsbezirk Etlingen, übergeben von dem Abg. Lender.

Eine Petition der Gemeinden Zettstetten, Lottstetten, Altenburg, Berwangen, Boltersweil und Dettighofen, den Ausbau der Eisenbahnlinie von Schaffhausen nach Bülach über die erstgenannten Orte betr.

Deffgleichen der Gemeinden Indlekofen mit Nissel, die theilweise Verlegung, bezw. Anlage einer Buzinalstraße von der Schlüchthalstraße über Bürglen betr.

Deffgleichen der Gemeinde Erzingen, den Bau einer Verbindungsstraße zum Zweck der Verbindung des Wutathales mit dem bad. Klettgau betr.; übergeben von dem Abg. Hebling.

Deffgleichen aus Rheinfischhofen, den Bau einer Eisenbahn von Kehl nach Doss betr.; übergeben von dem Abg. Jolly.

Beim Sekretariat liegen ein: Eine Petition von Einwohnern von Heidelberg, die Aenderung der Verfassung und der Wahlordnung betr.

Deffgleichen von Einwohnern von Karlsruhe, die Prüfung der Einjährig-Freiwilligen betr.

Deffgleichen von der Gemeinde Kirchgarten, den Bau einer Höllenthal-Bahn betr.

† Karlsruhe, 29. Okt. 16. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Kirsner.

Am Ministertisch: Staatsminister des Innern Dr. Jolly und Ministerialrath A. Eisenlohr.

In der heutigen Sitzung wurde die Spezialdebatte über den Kommissionsbericht des Abg. Náj über die Gesetzentwürfe, die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betr., geführt und am Schlusse derselben die einzelnen Artikel des Gesetzentwurfs mit den von der Kommission beantragten Aenderungen, und zwar Art. I und VIII mit großer Majorität, die Art. II—VII inkl. einstimmig angenommen.

Badische Chronik.

† Von der Saalbach, 28. Okt. Der gestrige erste und zwar vollständige Wintertag vereinigte eine ansehnliche Zahl Freunde des Gustav-Adolf-Vereins in der Stadtkirche zu Bretten zu einem Bezirksfeste. Nach einer die Festgäste begründenden Ansprache des ersten Ortspfarrers Dehn schloß Herr v. Lamprecht von Wödingen die Festpredigt über Galater 6, 10, in welcher er den guten evangelischen Grund des Vereins gegenüber dem Vorwurf der Bekennnisslosigkeit eben so treffend darlegte, als er die Nothwendigkeit seiner Arbeiten im Hinblick auf die Verhältnisse dringlich ans Herz legte. Im folgte Hr. Jssel, der den Rechenschaftsbericht ablegte, welcher, da gerade 25 Jahre seit Begründung des Bezirksvereins umflossen sind, einen Ueberblick über die Entstehung und Entwicklung desselben bot und am Beispiele des gegangenen Erfolges des in Bretten bestehenden Frauenvereins zur G.-A.-Sache zur Bildung solcher Vereine auch in den größeren Landgemeinden aufforderte. Hofprediger Doll von Karlsruhe hielt sodann als Abgeordneter des bad. Hauptvereins eine Ansprache, in der er, ausgehend von seinen persönlichen Beziehungen zu Bretten als seiner Vaterstadt, an die Denkmünze erinnerte, welche bei der Unionfeier zu Bretten geschlagen wurde und die Inschrift trägt: „Ein Herz, ein Glaube, eine Lauf“, worin wir

die Mahnung erkennen, über dem die Geister in kirchlicher Beziehung Trennenden das Gemeinsame recht festzuhalten und auf Grund desselben uns zu lieben und in diesem Sinne auch für den Gustav-Adolf-Verein zu wirken. Stadtpfarrer Stad schloß die bei allen Anwesenden den günstigsten Eindruck zurücklassende Feier mit Gebet und Segen. Die Kollekte ertrag 63 fl. Eine kleine Zahl Festgäste vereinigte sich nachher im Gasthaus zur Krone zu einem frugalen Mahle, wobei Hr. Ludwig von Ruffbaum ein sinniges Gedicht über Gustav Adolf's Werk vortrug.

Offenburg, 27. Okt. Man schreibt dem „Frl. J.“ Folgendes über die jetzt eingeleiteten Mörder Steidel und Dösch: Steidel sieht mürbe, bleich und abgemagert aus; ein wilder Bart gibt ihm ein düstres Ansehen. Er trug Gefängnißkleider, weil die badische Justiz sich die Kleider der beiden Mörder als etwaige Beweismittel gleichfalls hatte ausliefern lassen. Dösch, dem noch andere Kleider zur Verfügung standen, war gut gekleidet. Er trug einen Tyrolerhut mit einer Fasanenfeder und einer Falte in der Mitte nach der heutigen Mode. Das Haar war sorgfältig geordnet und er hatte seinen wohlgepflegten Vollbart mit einer gewissen Koketterie zugeföhrt. Der starke unterste Mann war im Gegenlag zu seinem niedergeschlagenen Mitgefangenen sichtlich sehr guter Laune und vergnügten Aussehens, sowohl bei der Abfahrt von Straßburg inmitten einer dichten Menge von Neugierigen, wie bei der Ankunft in Offenburg, wo er sich die vor dem Bahnhof versammelte große Menschenmenge rechts und links herausfordernd besah, abwechselnd dieselbe auch begrüßte und dabei — lachte! Man bemerkte an Dösch eine Medaille, die er für seine Dienste im Jahr 1866 erhalten hatte. Als (in Straßburg) einer der Gendarmen ihm die Handschellen anlegte, bemerkte er ihm, daß er sich nicht recht benehme und ihm die Finger allzusehr frei lasse. Steidel erlitt nicht zum ersten Mal die Operation und der Gendarm, der ihn leitete, sagte zu ihm: „Ihr scheint vertraut mit dem Ding zu sein!“ Dösch hatte während seines Aufenthalts im Straßburger Gefängniß 3 Franken und Steidel 39 Centimes mit dem Verfertigen von Wollstücken verdient.

Freiburg, 28. Okt. Der „Bad. Beob.“ veröffentlicht einen motivierten Protest des erzbischöflichen Kapitelsvikars gegen den Gesetzentwurf, die Rechtsverhältnisse und die Verwaltung der Stiftungen betreffend. Ein solches Gesetz — heißt es darin u. a. — würde die bestehenden Grundzüge des Rechts und des Eigenthums erschüttern, die zum Schutz der kathol. Religion existenten völkerechtlichen Verträge, die Verfassung und das Gesetz vom 9. Okt. 1860 verletzen und die zwischen Staat und Kirche abgeschlossenen Uebereinkommen aufheben. Wir wären verpflichtet, falls ein solches Gesetz erlassen würde, dasselbe als die wahlverworfenen Rechte der Kirche und der Katholiken nicht akzeptierend zu erklären und diese Rechte mit allen Mitteln des Rechts dagegen zu verteidigen, die volle Freiheit und Selbständigkeit der Kirche vom Staate zur Durchführung zu bringen. Im Interesse der öffentlichen Ordnung und des Friedens bitten wir, diesen Gesetzentwurf den Ständen nicht vorlegen, sondern den Kirchen- und Schulkonflikt durch lokalen Vollzug der Vereinbarung von 1861 beendigen zu wollen.

Furtwangen, 27. Okt. (B. Bdz.) Nachdem das Thermometer schon einmal vorher 8—10 Grad Kälte (Reaumur) gezeigt hatte, fiel von gestern Mittag bis Abend ein über Fuß hoher Schnee. Da das Thermometer heute wieder 8 Gr. Kälte zeigt, so scheint uns der ungewohnte weiße Gast schon jetzt mit seinem in der Regel Smonatlichen Besuch bedehren zu wollen. Schwarzwaldbouristen können jetzt ihre Wanderung im Schitten zurücklegen.

Konstanz, 28. Okt. (Konst. Ztg.) Am 21. ds. fiel die Dienstmagd des Hrn. Ermatinger beim Wassertröpfchen von dem Stege hinter dem Hause in den Rhein. Hr. Ermatinger eilte auf den Hilferuf herbei, sprang ins Wasser und rettete das Mädchen vom Tode des Ertrinkens. Ein in der Nähe positiver Grenzaufseher half dem Retter durch Hinsetzen einer Stange wieder heraus. Es ist dies das zweite Mal seit diesem Sommer, daß Hr. Ermatinger sich in dem dort sehr tiefen Wasser zur Rettung Anderer in Lebensgefahr begab.

† Karlsruhe, 29. Okt. (Straßkammer.) Die heutige Sitzung beschäftigte sich mit der Anlage gegen den „Badischen Beobachter“ wegen Ehrenkränkung des Bürgermeisters Stromeyer. Bekanntlich fand am 4. August d. J. in Konstanz ein sehr gelungenes Jugendfest statt; der gemischte Ortschulrath hatte dieses nach einem Aufrufe in Nr. 175 der „Konstanz. Ztg.“ für die „unter seiner Leitung stehenden Schüler“ veranstaltet, und war deshalb nicht veranlaßt, die Schüler einer Privatschule, des sog. Joffinger Instituts, beizuziehen. Diese sehr natürliche Thatsache gab der „Freien Stimme“ und dem „Bad. Beobachter“ Anlaß zu tendenziösen Verdächtigungen: es wurde dem Ortschulrath Intoleranz und demonstrative Feindseligkeit gegenüber den Katholiken vorgeworfen.

Der „Bad. Beobachter“ ging in einem Artikel vom 9. Aug. d. J. in Nr. 184 so weit, daß behauptet wurde, der Ortschulraths-Vorsitzende Stromeyer habe bei der Einladung der Allerhöchsten Herrschaften, welche in huldvollster Weise dem schönen Feste ammonten, den Ausschluß der Joffinger Schule absichtlich verheimlicht, und so die Theilnahme Ihrer Königl. Hoheiten an einem offenbaren Tendenzstücke erschlichen; es sei eben ein Frevler, wegen dessen der Hr. Ortschulraths-Präsident und Bürgermeister von Groß. Ministerium scharf zu genurieren sei.

Die Groß. Staatsbehörde machte geltend, daß damit unwahrer und widerrechtlicher Weise dem Bürgermeister Stromeyer eine strafbare und unbillige Handlung nachgesagt werde, die, ihre Wahrheit vorausgesetzt, geeignet wäre, ihn in der allgemeinen Achtung herabzusetzen, und zwar in Bezug auf seinen Dienst als Vorsitzender des Ortschulraths. Redakteur Verberich verteidigte sich selbst und übernahm die Verantwortlichkeit für den nach seiner Angabe von ihm verfaßten Artikel; der Schwerpunkt seiner Ausführungen beruhte darin, daß es sich lediglich um eine erlaubte Kritik über das Verfahren des Hrn. Stromeyer und seiner Parteigenossen, nicht aber um den Vorwurf einer unbilligen That handle. Der Gerichtshof trat den Anschauungen der Anklage bei, und verurtheilte den Redakteur Verberich wegen Ehrenkränkung eines öffentlichen Dieners nach Antrag zu einer auf der Festung zu erstehenden Gefängnißstrafe von sechs Wochen und Tragung der Kosten.

Frankfurt, 29. Okt. Nachm. Destr. Kreditaktien 229 1/2, Staatsbahn-Aktien 359, Silberrente 56 1/16, 1860er Loose 77 1/2, Amerikantur 88 1/2.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Dr. Th. Heimanns' Allgemeiner Briefsteller oder praktische Anleitung, wie man Briefe für alle Fälle des menschlichen Lebens, Geschäftsaufsätze etc. richtig und nach den Regeln des guten Stils selbst schreiben und einrichten soll.

Politisch-Statist.-topogr. Ortslexikon des Großherzogthums Baden von D. K. Kiffling. Preis br. 2 fl. 36 kr.

Ein tüchtiger Jurist findet gute Praxis als Rechtsanwält in Lahr.

Commissgefuhr. In einem hiesigen Kurz-Eisenwaaren-Geschäft wird ein angehender Commis (Sfr.) zum sofortigen Eintritt gesucht.

Carl Arleth, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe. frisch angekommenen feinen Ghesler, Fromage de Neuchâtel (Bondons), de Brie, de Rocoufort, Münsterkäse mit und ohne Kümme, holl. Edamer, alten Parmesan, grünen Kräuter-, feinsten Emmentaler und besten Limburger und frischen Rahmkäse.

Keine grauen Haare mehr! Melanogène von Dioquemare aîné in Rouen. Fabrik in Rouen, rue St-Nicolas, 39.

Carl Arleth, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe. ächte frische Straßburger Gänseleberpasteten in Terrinen und Teig.

Gasthaus- und Bierbrauerei-Verkauf. In einer der frequentesten Städte des Großherzogthums Baden ist ein Gasthaus N. Langs mit Sommerwirtschaft, Stallung etc., sowie eine in unmittelbarer Nähe liegende Bierbrauerei, nach neuester Konstruktion eingerichtet.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe. die wieder frisch angekommenen delikaten Riehl Spritten etc.

Brauerei-Versteigerung. Die Besitzer der 'Brauerei Horn in Richterow' lassen Mittwoch den 3. November, von Abends 7 Uhr an, im Gasthof zu den 3 Rädern eine zweite und letzte Versteigerung abhalten über ihre hieselbst befindliche Brauerei sammt Einrichtungen und Mobilien.

F.704. Tübingen. Im Verlage der H. Laupp'schen Buchhandlung ist so eben erschienen: Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft.

In Verbindung mit Prof. K. H. Rau, Roscher & Schäffle, R. von Mohl, Prof. G. Hanssen, Helfferich, herausgegeben von den Mitgliedern der staatswissenschaftlichen Fakultät in Tübingen.

30 Pfandbriefe der Oesterreichischen Boden-Credit-Anstalt. Die am 1. November fälligen Coupons und verloosten Pfandbriefe sind von heute an unserer Kasse zahlbar.

Internationale Ausstellung. Amsterdam 1869. Liebigs Compagnie Fleisch-Extract erhielt wiederum wie bei allen früheren Ausstellungen die höchste Auszeichnung, nämlich Das grosse Ehren-Diplom.

London, October 1869. 43, Mark Lane. Eine Droschke mit Glasverbed im guten Zustande ist zu verkaufen bei Wechtold, Sattler in Rastatt.

Bürgerliche Rechtspflege. Ladungsverfügungen. E.531. Nr. 24.744. Freiburg. In Sachen des Johann Meißerschild im Bleichheim gegen Ferdinand Kombar von Hombach, der sich vor einiger Zeit von hier sichtlich gemacht hat.

Versteigerung. Die Gant des Baron Otto von Reissach in Baden betri. Zu Folge richtiger Verfügung werden am Dienstag den 9. November d. J.

Strafrechtspflege. Ladungen und Haftungen. E.534. Nr. 2875. Mannheim. J. M. S. gegen Adam Reuter von Feudenheim, Friedrich Voch von Ladenburg, Peter Jakob Schmiege von da, Karl Giese von Mannheim.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. (Mit einer Beilage.)

edige, ovale und runde Tische, Arbeits-, Wasch-, Spiel- und Konsolentische, Spiegelstänke, Kleider- und Weizenkörben, große, kleine, runde und ovale Spiegel in Gold- und Holzrahmen.

Materialien-Lieferung. Die Lieferung der Materialien für die Heil- und Pflegeanstalt Altenau pro 1870 soll im Commissionsweg vergeben werden.

Carl Arleth, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe. frisch angekommenen feinen Ghesler, Fromage de Neuchâtel (Bondons), de Brie, de Rocoufort, Münsterkäse mit und ohne Kümme, holl. Edamer, alten Parmesan, grünen Kräuter-, feinsten Emmentaler und besten Limburger und frischen Rahmkäse.

Carl Arleth, Großh. Hoflieferant in Karlsruhe. ächte frische Straßburger Gänseleberpasteten in Terrinen und Teig.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe. die wieder frisch angekommenen delikaten Riehl Spritten etc.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Table with 4 columns: Frankfurt, 28. Okt., Staatspapiere, Anleihen-Loose. Lists various financial instruments and their values.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei. (Mit einer Beilage.)